

Im Spiegel der Kritik...

Als die Republik sich formierte

Gedenktage beleben die Forschung. Das gilt auch für das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik. Aus diesem Anlaß sind — auch in Nordrhein-Westfalen — einige Bücher verfaßt worden, in denen die Rolle der Länder für das Entstehen und das Funktionieren des westdeutschen Staates dargestellt wird. Damals 1947/49 waren die Ministerpräsidenten der Länder die Hauptakteure der deutschen Politik. Sie verstanden sich als Treuhänder der Gesamtheit. Und sie waren von den westlichen Siegermächten aufgefordert, eine westdeutsche Zentralgewalt nach ihrem Bilde zu schaffen. Dabei galt es, sehr unterschiedliche Staatsvorstellungen in Übereinstimmung zu bringen: die mehr zentralistischen Modelle von SPD und F.D.P. mit den traditionalistischen-föderalistischen von CDU/CSU und Zentrum. Zudem hatten die Siegermächte strenge Vorgaben gemacht. Die politische Zukunft war ungewiß und bedrohlich. Stalin trieb die Sowjetisierung seines Herrschaftsberichts bedenkenlos voran. Der kalte Krieg war voll im Gange.

In diese Jahre 1947—49 leuchtet das Buch „Nordrhein-Westfalen und die Entstehung des Grundgesetzes“ hinein. Der Düsseldorfer Historiker Hein Hoebink gibt einen umfassend-informativen, klaren Abriss der Ereignisse, so wie sie sich in Nordrhein-Westfalen politisch niederschlugen. Arnolds (CDU) und Menzels (SPD) maßgebende Rollen für die Entstehung des Grundgesetzes werden deutlich. Eine Chronik der Bonner Beratungen und ihr Reflex auf Düsseldorf erleichtern zusätzlich das Zurechtfinden. Ein Anhang mit Dokumenten, Briefen, Protokollen und Textentwürfen (einst auf klapprigen Schreibmaschinen getippt) und die ausgewählten Zeitungsartikel vermitteln einen authentischen Einblick in die Zeit. Die Anschaulichkeit dieser Nachkriegsjahre wird verstärkt durch eine reichhaltige Illustration; hier hätte man sich allerdings bei manchen Bildern eine bessere Reproduktion und gelegentlich zuverlässigere Unterschriften gewünscht.

Von besonderem Reiz sind die Portraits der nordrhein-westfälischen Grundgesetz-Mütter und Väter, die Karl Fischer-Reichenberg verfaßt hat, angereichert mit persönlicher Erinnerung. Diese drei Frauen und 14 Männer durch Text und Foto noch einmal vorzustellen, ist besonders lobenswert. Manche Namen waren schon vergessen — ein Grund mehr, diesen verdienstvollen, unverzagten Frauen und Männern Referenz zu erweisen.

Es ist ein gutes Buch, das der Landtag und sein Präsident als Herausgeber hier vorlegen. Das blutjunge Land Nordrhein-Westfalen, selbst noch ohne Verfassung, hat für das Entstehen und die Ausformung der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag geleistet. Es war notwendig, das einmal herauszuarbeiten.

Wolfram Köhler

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 50 07.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Wenn es um die vielfältigen Probleme der Familie im nordrhein-westfälischen Landesparlament oder anderswo im Land geht, wenn über die Nöte der Jugend gesprochen oder um den Schutz des ungeborenen Lebens gerungen wird — der CDU-Landtagsabgeordnete Antonius Rüsberg meldet sich mit viel persönlichem Engagement zu Wort. Für den 46jährigen Ostwestfalen aus Steinheim im Kreis Höxter, der bis zu seiner Wahl in den Landtag 1980 als Sozialarbeiter tätig gewesen war, sind dabei Standfestigkeit und Toleranz keine Gegensätze — dem „Zeitgeist nachlaufen“, das jedoch will er nicht.

Die starke Verwurzelung mit Elternhaus, ländlich orientierter Kleinstadt und den sozialen Komponenten in Kirche und Gesellschaft prägen auch heute noch den Sohn einer Handwerkerfamilie. Nach Besuch der Volksschule und anschließender Lehre übte er zehn Jahre lang den Beruf eines Landmaschinen-Mechanikers aus. Später entschloß er sich, die Höhere Fachschule für Sozialarbeit in Köln zu besuchen. Nach deren Abschluß war er als Sozialarbeiter beim Kreisjugendamt Höxter tätig. Schon viel früher hatte sich Antonius Rüsberg in der katholischen Jugendarbeit engagiert. Die aktive Mitgliedschaft in Kolpingfamilie und Katholischer Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) beeinflussten ebenfalls seine späteren politischen Aktivitäten.

Schon früh, mit 18 Jahren, trat der Ostwestfale in die CDU ein, wo er seitdem in eine Reihe von Parteigremien berufen wurde. Seit 1973 Vorsitzender des Kreisverbandes Höxter, gehörte er längere Zeit auch dem Landesvorstand der CDU Westfalen-Lippe an, und seit der Fusion mit der rheinischen Union ist er im Führungsgremium der Landespartei. Dort leitet er den Fachausschuß Jugend und Familie. Bereits zum zweiten Mal wurde der Christdemokrat im Wahlkreis 116 Höxter direkt in den Landtag gewählt. Die Landtagsfraktion berief ihn in den Vorstand und zu ihrem jugend- und familienpolitischen Sprecher.

In dieser Eigenschaft hat der praktizierende Katholik die Positionen von Partei und Fraktion zur Familienpolitik wie zum Schutz des ungeborenen Lebens formuliert und mit persönlichem Engagement im Landesparlament wie in der Öffentlichkeit vertreten. Vehement fordert der Christdemokrat von der SPDgeführten Landesregierung die Einführung eines Landeser-



Antonius Rüsberg (CDU)

ziehungsgeldes als Ergänzung zur Bundesregelung und plädiert für die Gründung einer Landesstiftung „Mutter und Kind“.

Von Bonn erwartet er die Verabschiedung eines Bundesberatungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode. Die Union könne nach seiner Ansicht nicht um der F.D.P. wegen auf ihre Identität als christliche Partei verzichten. Die Beratung müsse den Schutz des ungeborenen Lebens dienen und der Sorge der Mütter. Sie solle daher auch insbesondere über solche Hilfen informieren, die die Fortsetzung der Schwangerschaft erleichterten. Gleichzeitig tritt er dafür ein, daß eine Indikationsstellung erst nach der Beratung erfolgen dürfe. Und wer diese Beratung durchgeführt habe, dürfe nicht die Indikationsstellung vornehmen.

In seinem Wahlkreis sucht Antonius Rüsberg das Gespräch mit möglichst vielen Bürgern, und er kümmert sich um deren persönliche Probleme. Denn, „was aus Düsseldorfer Sicht vielleicht ein Staubkorn im Getriebe der Landespolitik ist“, sei für den betroffenen Menschen das für ihn im Augenblick unüberwindbare Problem.

Eine solche Einstellung könnte nach seiner Meinung auch das oft gestörte Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern verbessern. In diesem Zusammenhang meint der CDU-Abgeordnete, daß jeder Politiker eine klare und für den Bürger verlässliche Grundhaltung haben und trotzdem offen für die Ansicht des Andersdenkenden sein müßte.

Trotz seines landesweiten Aktionsradius und der Anerkennung seiner Parteifreunde zwischen Rhein und Weser, am wohlsten fühlt sich Antonius Rüsberg daheim in Steinheim. Und wen wundert es da, daß die Mitbürger ihn auch schon zum Schützenkönig und Karnevalsprinzen proklamiert haben.

Jochen Jurettko